

244/AB
Bundesministerium vom 24.01.2020 zu 218/J (XXVII. GP)
bmnt.gv.at
Nachhaltigkeit und
Tourismus

Elisabeth Köstinger
Bundesministerin für
Nachhaltigkeit und Tourismus

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMNT-LE.4.2.4/0165-RD 3/2019

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)218/J-NR/2019

Wien, 24. Jänner 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen haben am 27.11.2019 unter der Nr. **218/J** an die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Atypisch Beschäftigte im Öffentlichen Dienst gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Eingangs wird angemerkt, dass es während des abgefragten Zeitraumes von 2013 bis 2019 mehrere Novellen des Bundesministeriengesetzes gab, die zum Teil erhebliche Veränderungen in der Zusammensetzung der Bundesministerien bewirkt haben, weshalb eine seriöse Vergleichbarkeit der einzelnen Jahre nicht gegeben ist. Die Beantwortung erfolgt im Rahmen der Möglichkeiten und unter Heranziehung aller vorhandenen Daten und Akten, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass es durch mögliche Doppelaufzeichnungen oder ähnliche Umstände zu Unschärfen kommen kann.

Zu den Fragen 1 und 2:

- Wie viele Beamt_innen waren zwischen 2013 und 2019 jeweils am Stichtag 1.1. in Ihrem Ressort beschäftigt? (Bitte um Auflistung nach Jahr und Geschlecht)
- Wie viele Vertragsbedienstete waren zwischen 2013 und 2019 jeweils am Stichtag 1.1. in Ihrem Ressort beschäftigt? (Bitte um Auflistung nach Jahr und Geschlecht)

Stichtag	Frage 1		Frage 2	
	B m	B w	VB m	VB w
01.01.2013	266	240	151	349
01.01.2014	267	247	154	347
01.01.2015	266	246	161	356
01.01.2016	263	242	169	360
01.01.2017	258	243	165	376
01.01.2018	250	243	175	374
01.01.2019	244	248	188	392

Zur Frage 3:

- Wie viele Planstellen wurden in Ihrem Ressort zwischen 2013 und 2019 mit Externen, Karenzvertretungen, Verwaltungspraktikant_innen, Lehrlingen o.Ä. als Dauerdiensverhältnis besetzt? (Bitte um Auflistung je Jahr, Geschlecht und Verwendung)

Soweit sich die Frage 3 auf „Karenzvertretungen, Verwaltungspraktikant_innen, Lehrlingen o.Ä. als Dauerdiensverhältnis“ bezieht, erscheint diese aus dienstrechlicher Sicht nicht nachvollziehbar. Karenzvertretungen werden lediglich befristet für die Dauer des Vertretungsfalls aufgenommen, wobei die Befristung des Dienstverhältnisses insgesamt fünf Jahre nicht überschreiten darf. Beim Verwaltungspraktikum und der Lehre handelt es sich um Ausbildungsverhältnisse, deren Dauer ebenfalls gesetzlich begrenzt ist (mit insgesamt höchstens zwölf Monaten, was das Verwaltungspraktikum betrifft, bzw. mit der für den jeweiligen Lehrberuf festgesetzten Lehrzeit). Es bestehen in diesen Fällen daher keine Dauerdiensverhältnisse.

Weiters sind gemäß § 4 Abs. 2 der Regelungen für die Planstellenbewirtschaftung gem. § 44 Bundeshaushaltsgesetz 2013 des aktuell gültigen Personalplanes 2019 für Lehrverhältnisse bis zum Ende der gesetzlichen Weiterverwendungspflicht sowie für Ausbildungsverhältnisse, worunter Verwaltungspraktika zu subsumieren sind, keine Planstellen zu binden bzw. zu besetzen.

Zur Frage 4:

- Wie viele Sonderverträge für Personal wurden in Ihrem Ressort zwischen dem 1.1.2013 und dem 1.1.2019 abgeschlossen? (Bitte um Auflistung nach Jahr und Geschlecht und Verwendung)
 - a. Wie hoch waren die jährlichen Aufwendungen dafür und wo wurden sie verbucht?

Sonderverträge gab es im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft bzw. gibt es im Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus nur im Kabinett und in der IKT (ADV-Sonderverträge).

Hinsichtlich der Kabinettssonderverträge wird für den abgefragten Zeitraum auf die zahlreichen parlamentarischen Anfragen der letzten Jahre verwiesen, insbesondere Nrn. 4146/J, 3962/J, 3852/J, 3683/J, 2538/J, 2120/J, 1368/J, 1260/J, 560/J, 493/J, 123/J (alle XXVI. GP), 13221/J, 12673/J, 8725/J, 3999/J, 1489/J, 1236/J, 860/J, 247/J (alle XXV. GP) sowie 13899/J (XXIV. GP).

Die ADV-Sonderverträge sind in nachfolgender Tabelle angeführt:

Stichtag	ADV m	Kosten	ADV w	Kosten
01.01.2013	4	296.682,55	3	205.715,44
01.01.2014	4	293.901,04	3	215.869,53
01.01.2015	4	300.667,86	3	213.455,03
01.01.2016	4	308.671,10	3	215.699,84
01.01.2017	4	335.848,35	3	201.578,74
01.01.2018	4	338.869,24	2	154.333,94
01.01.2019	4	359.905,21	2	185.013,77

Darüber hinaus wurde für das Jahr 2016 ein ASPE (Austrian Senior Public Expert) Vertrag in der Höhe von 50.272,71 Euro abgeschlossen.

Die ADV-Sonderverträge sowie der ASPE-Vertrag wurden in der UG 42 verbucht.

Zur Frage 5:

- Wie viele Personen waren in Ihrem Ressort aufgrund eines Arbeitskräfteüberlassungsvertrages, Arbeitsleihvertrages oder ähnlicher Verträge zwischen 2013 und 2019 beschäftigt? (Bitte um Auflistung nach Jahr, Geschlecht und Verwendung)

- a. Mit welchen Institutionen, Firmen, Unternehmen o.Ä., wurden die jeweiligen Verträge abgeschlossen? (incl. Kabinettsmitglieder)
- b. Wie hoch waren die Aufwendungen dafür und wo wurden sie verbucht?

Folgende Arbeitskräfteüberlassungsverträge bestanden in der UG 42 im Zeitraum 2013 bis 2019. Dabei ist zu beachten, dass im Jahr 2019 eine Vielzahl der abgeschlossenen Verträge frühzeitig (vor dem Sommer) aufgelöst wurden.

	Personen	Weiblich	Männlich	Kosten in Euro
2013	8	2	6	618.938,35
2014	10	4	6	827.337,85
2015	9	4	5	934.418,91
2016	11	4	7	1.092.114,61
2017	11	5	6	740.973,34
2018	23	11	12	1.817.043,68
2019 (1.-3. Quartal)	24	11	13	1.219.411,43

Zwischen 2013 und 2017 wurden Verträge mit Agrarmarkt Austria, Bundesforschungszentrum für Wald, Österreichische Bundesforste, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Österreichischer Bauernbund, Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs, Niederösterreichische Landwirtschaftskammer, Telekom Austria und Umweltbundesamt abgeschlossen. Zwischen 2017 und 2019 wurden Verträge mit Umweltbundesamt und Österreichische Agentur für Ernährungssicherheit abgeschlossen.

Darüber hinaus wurden in der Zentralstelle des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltbundesamtes zur Behandlung fachspezifischer Fragestellungen der jeweiligen Aufgabenbereiche befristet eingesetzt.

Zur Frage 6:

- Wie viele Beschäftigte sind zwischen 2013 und 2019 als Sachaufwand verbucht worden?
(Bitte um Auflistung nach Jahr und Geschlecht) (incl Kabinettsmitglieder)

Die seitens der Personalabteilung in den Jahren 2013 bis 2019 als Sachaufwand verbuchten Bediensteten sind in der folgenden Tabelle ersichtlich. Es handelt sich dabei um Verwaltungspraktikantinnen und Verwaltungspraktikanten (VP).

Stichtag	VP m	VP w
01.01.2013	4	1
01.01.2014	3	6
01.01.2015	6	10
01.01.2016	5	8
01.01.2017	7	9
01.01.2018	4	13
01.01.2019	8	12

Zu den Fragen 7 bis 9:

- Wie viele freie Dienstverträge wurden in Ihrem Ressort jeweils in den Jahren zwischen 2013 und 2019 abgeschlossen? (Bitte um Auflistung nach Jahr und Geschlecht sowie Leistungsgegenstand und Leistungszeitraum) (incl Kabinettsmitglieder)
- Zu den freien Dienstnehmer_innen:
 - a. Was war jeweils der Grund für die Einstellung unter diesem Rechtstitel?
 - b. In welchen Dienststellen wurden diese jeweils eingesetzt und wofür?
 - c. Bestanden für die jeweiligen freien Dienstnehmer_innen Dienstpläne?
 - d. Wie viele Tage/Stunden befanden Sie sich jeweils in der Dienststelle?
 - e. Haben die freien Dienstnehmer_innen Zutrittskarten erhalten?
 - f. Wurden von den freien Dienstnehmer_innen Zeitaufzeichnungen geführt bzw. wurde die Vorlage von Zeitaufzeichnungen verlangt?
 - g. Haben die freien Dienstnehmer_innen Arbeitsutensilien von Ihrem Ressort erhalten (z.B.: Laptops, etc.)?
 - h. Wurden von Ihrem Ressort Arbeitsplätze für die freien Dienstnehmer_innen zur Verfügung gestellt?
 - i. Wem gegenüber waren die freien Dienstnehmer_innen weisungsgebunden?
 - j. Bitte um Übermittlung eines entsprechenden Mustervertrages.
- Haben Sie Kenntnis von freien Dienstnehmer_innen, die eigentlich nicht unter diesem Rechtstitel eingestellt werden hätten dürfen?
 - a. Von wie vielen Fällen solcher "Einstellungen" wissen Sie?
 - b. Wer veranlasste jeweils den Vertragsschluss unter diesem Rechtstitel?

Im genannten Zeitraum gab es keine freien Dienstnehmerinnen bzw. Dienstnehmer in der Zentralleitung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft bzw. Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus.

Zu den Fragen 10 und 11:

- Wie viele Werkverträge wurden in Ihrem Ressort jeweils in den Jahren zwischen 2013 und 2019 abgeschlossen? (Bitte um Auflistung nach Jahr und Geschlecht sowie Leistungsgegenstand und Leistungszeitraum) (incl Kabinettsmitglieder)
 - a. Was war jeweils der Grund für die Einstellung unter diesem Rechtstitel?
 - b. In welchen Dienststellen wurden diese jeweils eingesetzt und wofür?
 - c. Bestanden für die jeweiligen Werkvertragsnehmer_innen Dienstpläne?
 - d. Wie viele Tage/Stunden befanden Sie sich jeweils in der Dienststelle?
 - e. Haben die Werkvertragsnehmer_innen Zutrittskarten erhalten?
 - f. Wurden von den Werkvertragsnehmern_innen Zeitaufzeichnungen geführt bzw. wurde die Vorlage von Zeitaufzeichnungen verlangt?
 - g. Haben die Werkvertragsnehmer_innen Arbeitsutensilien von Ihrem Ressort erhalten (z.B.: Laptops, etc.)?
 - h. Wurden von Ihrem Ressort Arbeitsplätze für die Werkvertragsnehmer_innen zur Verfügung gestellt?
 - i. Wem gegenüber waren die Werkvertragsnehmer_innen weisungsgebunden?
 - j. Bitte um Übermittlung eines entsprechenden Mustervertrages.
- Haben Sie Kenntnis von Werkvertragsnehmern_innen, die eigentlich nicht unter diesem Rechtstitel eingestellt werden hätten dürfen?
 - a. Von wie vielen Fällen solcher "Einstellungen" wissen Sie?
 - b. Wer veranlasste jeweils den Vertragsschluss unter diesem Rechtstitel?

Im genannten Zeitraum wurden keine Werkverträge vom Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft bzw. Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus abgeschlossen, die Grundlage für Personaleinstellungen gewesen wären.

Elisabeth Köstinger

